

Bei der Durchführung der Arbeiten zur Industriepreisreform ergab sich, daß es für die Lösung von Spezialfällen unumgänglich war, für einige Gruppen industrieller Konsumgüter eine Regulierung der Einzelhandelsverkaufspreise vorzunehmen. Zur Gewährleistung der beschlossenen Linie für die Konsumgüterpreise wurden notwendige Erhöhungen der Einzelhandelsverkaufspreise mit der Senkung der Preise für andere Waren verbunden. Leitende Mitarbeiter der Regierungskommission für Preise, des Ministeriums für Handel und Versorgung und des Ministeriums für Finanzen hatten jedoch sowohl bei der Vorbereitung der dritten Etappe der Industriepreisreform wie bei der Vorbereitung und Durchführung der Preisregulierungsmaßnahmen Fehler gemacht und sorglos gearbeitet. Die 13. Tagung des Zentralkomitees kritisierte ihr Verhalten. Die zuständigen staatlichen Organe wurden beauftragt, Maßnahmen zur Überwindung der Fehler und Mängel zu treffen und ungesetzliche Erhöhungen von Konsumgüterpreisen zu verhindern. An der Ausarbeitung der neuen Industriepreise und den Vorarbeiten für die Umbewertung der Grundmittel haben Zehntausende Ökonomen, Techniker und Ingenieure in den Betrieben und VVBs mitgewirkt. Sie lernten dabei die Ökonomie ihres Betriebes, besonders im Vergleich zu anderen Betrieben des Zweiges, und die Erfordernisse der Rationalisierung der Produktion gut kennen. Diese Mitarbeiter stehen heute in den Betrieben und VVBs, wo immer es darum geht, die Kosten zu senken und die Effektivität der Fonds zu erhöhen, mit in vorderster Front. Nach der Industriepreisreform und den neu eingeführten Abschreibungen wird der Verbrauch der vergegenständlichten Arbeit realer in den Kosten ausgewiesen. Es wird sichtbar, daß jede Tonne eingesparten Materials und jede besser ausgenutzte Maschine zu einer wesentlich größeren Kostensenkung führte, als früher ausgewiesen wurde. Das schlägt sich auch in höheren Gewinnen nieder. Daran sind die Werktätigen materiell interessiert. Andererseits müssen jene Betriebe materielle Nachteile hinnehmen, die nicht sorgsam mit Material umgehen, Ausschuß produzieren und ihre Grundfonds unrationell nutzen.

Rückständige Auffassungen bei leitenden Mitarbeitern der Finanzorgane und Banken hinderten lange Zeit, das Finanzwesen in das neue ökonomische System der Planung und Leitung richtig einzuordnen. Seit dem VI. Parteitag setzte sich das Zentralkomitee immer wieder prinzipiell damit auseinander. Besonders mit den Beschlüssen der 13. und 14. Tagung des Zentralkomitees wurden die Voraussetzungen geschaffen, auch im Finanzwesen die notwendigen Konsequenzen aus dem neuen ökonomischen Sy-